

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend**

**die Schaffung eines landes- und bundesweiten Gebührenvergleichs und die Forcierung von  
Neuausschreibungen in den Bereichen der Wasserversorgung sowie Abwasser- und  
Abfallentsorgung**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) für Oberösterreich einen landesweiten Gebührenvergleich für Wasser-, Kanal- und Abfallgebühren zu schaffen, der die genaue Gebührenhöhe, die Gebührenentwicklung in den letzten fünf Jahren und die genaue Gebührenverwendung beinhaltet sowie für alle Oberösterreicher frei zugänglich ist,
- 2) sich bei der Bundesregierung für die Schaffung eines gleichartigen, bundesweiten Gebührenvergleichs einzusetzen und
- 3) im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Maßnahmen wie etwa Neuausschreibungen der Dienstleistungen in den Bereichen Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung zu forcieren.

### **Begründung**

In den letzten Jahren ist ein stetiger Anstieg der Gebühren zu bemerken. Gleichzeitig herrscht ein undurchsichtiger Zustand. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wie hoch die Gebühren in ihrer Gemeinde im Landes- bzw. Bundesvergleich sind, wie sich die Gebühren entwickelt haben und wozu die Gebühren im Detail verwendet werden. Mehr Kostenwahrheit, mehr Vergleichbarkeit und mehr Transparenz würde einen positiven Druck auf die Verantwortlichen erzeugen, um die notwendigen Maßnahmen für Gebührensenkungen zu setzen.

Ein zweckmäßiger Weg hierbei sind insbesondere Neuausschreibungen der Dienstleistungen in den Bereichen Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung. Wie das Beispiel der Bezirke Deutschlandsberg, Judenburg und Leibnitz zeigt, konnte dadurch eine Gebührensenkung von 50 Prozent erreicht werden. Dies ist eine wesentliche Entlastung für alle Haushalte.

Die Menschen in unserem Land leiden unter einer hohen Gebührenbelastung. Die Deckung der Grundbedürfnisse ist zu teuer. Dagegen gilt es aktiv vorzugehen.

Linz, am 1. Juli 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Cramer, Povysil, Mahr, Nerat, Lackner, Wall, Schießl, Klinger**